

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

44 (29.10.1948)

WIRTSCHAFTSREVIEW

WIRTSCHAFTS- W O C H E N S C H R I F T

Nr. 44 — 3. Jahrgang

Konstanz/Bodensee, 29. Oktober 1948

Ausg./D. Preis 60 D-Pfennige

Knapper Bedarf

Das heutige Marktbild irritiert uns stark, da es von der breiten Masse des Volkes verstanden werden könnte. Eine Erleichterung zur unbedingten Marktsicherheit muß deshalb allen anderen Maßnahmen vorausgehen. So formuliert Dr. Erhard vor einigen Tagen auf dem Handwerkerkongress.

Nun ist alles Erlebten schwer. Es gibt sogar Leute die behaupten, daß man überhaupt nicht erlösen könne. Man kann aber versuchen zu überlegen, und spricht damit die Einsichtigen an. Vielleicht kommen wir dann dahin, wie es in der griechischen Sprache vorliegt: Das Wort für Überzeugen (im Aktiv) bedeutet im Medium und Passiv gebrochen. So wollen auch wir hier an die Spitze den Versuch setzen, davon zu überzeugen, daß man nach einem verlorenen Krieg nicht so viel konsumieren kann wie im Frieden. Das drückt sich ganz einfach darin aus, daß die Preise höher sind als im Frieden, die Einkommen aber nicht in gleichem Maße steigen. Alle Indesvergleiche müssen in einem solchen Falle hinken — noch mehr als sie auch im Frieden gehinkt haben. Wir können das auch noch wissenschaftlicher ausdrücken und sagen: Wir produzieren heute in Deutschland etwa 60 bis 70% dessen, was wir im Frieden produzierten, aber die Löhne liegen durchweg mindestens auf dem Friedensniveau, in den meisten Fällen schon weit über dem Friedensniveau. Da ist es doch leicht auszurechnen, daß die Kaufkraft des Lohnes nicht so groß sein kann wie im Frieden. Wenn nun die Löhne weiter steigen, und sich ebenfalls wirklich vergrößern in einem Jahr oder etwas später das Produktionsniveau des Friedens, dann ist immer noch die Kaufkraft des Lohnes geringer als im Frieden. Gegen die Preise zu werten ist also genau so richtig, wie wenn ein Arzt gegen das Fieber eines Patienten vorgehen würde. Fieber und Preise sind nur Symptome.

Durch die Preise wird die Kaufkraft dem Produktionsniveau angepaßt. Nun genügt aber dies nicht in einer modernen Wirtschaft, um den wirklichen Wertesinn zu erkennen. Es darf nämlich nicht alle Kaufkraft sofort ausgeben werden, ein kleiner Teil von ihr wird für bestimmte Zwecke zurückgehalten. Man nennt das Sparen. Es beginnt mit dem Nichtausgeben und Zurücklegen für den Kauf eines größeren Wertes und geht über das Sparen für die Ausbildung der Kinder zum Sparen für das Alter. An den Sozialversicherungsbeiträgen hat der moderne Staat sich ebenfalls beteiligt. Sie werden dem, der den Anspruch hat, gar nicht erst ausbezahlt.

Dieser Konsumverzicht ist auch im Frieden gegeben. Für uns kommen aber zwei Konsumverzicht hinzu: 1. Die oben erwähnte Differenz zwischen Produktionsniveau und Löhnen, in denen sich unsere Armut als Folge des verlorenen Krieges dokumentiert und die 2. Wir müssen das volkswirtschaftliche Kapital, das wir im Krieg verloren haben, wieder erlangen durch entsprechende Sparen. Was alle wissen und doch

Notenumlauf steigt weiter

Lohnsummen höher, Produktion niedriger als 1936 — Städte-Einnahmen decken noch nicht Gehaltsausgaben Leistungssteigerung bringt DM-Stabilität — Preise wachsen in den weiten Geldraum

Die Lageberichte aus allen Gebieten Deutschlands stimmen darin überein, daß die Produktion weiter steigt. Leider gehen nicht alle Lageberichte darauf ein, welcher Teil von der Erhöhung des Produktionswertes auf die Preissteigerung entfällt. Nur die Angaben über Württemberg-Baden geben ohne Angabe von Zahlen darauf ein, und behaupten, daß auch ein echtes Anwachsen der Produktion festzustellen sei, „da durch die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen und die nach der Währungsreform eingetretene Leistungssteigerung der Arbeiterzahl ermöglicht wurde“. Daß die Preise weiter steigen, wird auch einheitlich in allen Berichten festgestellt. Allerdings scheint sich eine gewisse Verflachung der aufsteigenden Kurve zu zeigen. Auffallend ist, daß in allen Berichten langsamste Klagen über das Schlechterwerden der Qualität auftreten. Ernste Rohstoffengpässe scheinen bis jetzt noch nicht aufgetreten zu sein. Immerhin ist bei der Industrie eine Tendenz zur Zurückhaltung beim Verkauf festzustellen. Auch werden in manchen Branchen schon wieder die Lieferungen von der Stellung einer entsprechenden Absatzsicherung abhängig gemacht, dies gilt insbesondere von Papier, Metall und Zink.

Unverständlich war die oben veröffentlichte Feststellung, daß heute in Westdeutschland die Produktion etwa 70% der des Jahres 1936 betrage, denn immer es sich demgegenüber die Erhöhung der Löhne und der Arbeitsleistungen ausrechnen. Die statistischen Landesämter haben in ihren neuesten Erhebungen festgestellt, daß die Gesamtlohn- und Gehaltssumme in einem bestimmten Bezirk im Monatsdurchschnitt von 6 Mill. RM. in 1936 auf den Juli 1948 mit rd. 8 Mill. DM erhöht hat. Rechnet man diese Zahl auf den

Kopf der Beschäftigten, so erhöhte sich das Monatslohnkommen von 1936 mit 147 RM. auf 295 DM. oder um 200%. Es steht also einem um 30% erhöhten Nominallohn eine Verminderung der Produktion von 30% gegenüber. Mithin liegt heute höher als 1936. Die Indizes schwanken zwischen 120 und 150%. Es ist ganz klar, daß, wie wir im Leitartikel noch näher ausgeführt haben, die Kaufkraft der Löhne nicht so groß sein kann wie 1936. Insbesondere muß berücksichtigt werden, daß die oben angegebenen Ziffern sich auf den Juli 1948 beziehen und inzwischen fast überall weitere zum Teil erhebliche Lohnsteigerungen vorgenommen worden. So hat unsere Schätzung nach 1 DM heute nur noch die Kaufkraft einer halben RM. des Jahres 1936. Die Preise steigen dieses Bild deutlich — und der Notenbausewitz auch.

Die Bank Deutscher Länder hat wieder zwei Ausweise veröffentlicht, die

was in diesem Zusammenhang aus der Wichtigkeit zu sein scheint, wieder eine starke Erhöhung des Notenumlaufs zeigt. Der Notenumlauf betrug am

31. 8.	4.178 Mill. DM
7. 9.	4.887
15. 9.	5.032
21. 9.	5.002
30. 9.	5.358
7. 10.	5.924

Dazu kommt der zwischen 400 und 500 Mill. DM liegende Westmarknoten-Umlauf in Berlin. Es ergibt sich aus dieser Aufzählung, daß sich der Notenumlauf in den 3 Wochen um genau ein Drittel erhöht hat. Da die Neuausgabe der Festkonten sich in dem Ausweis vom 7. Oktober noch nicht ausgewirkt haben kann, muß angenommen werden, daß der Notenumlauf weiter steigt und wahrscheinlich schon jetzt die Grenze von 6 Mrd. überschritten hat, die wir vor einigen Wochen bereits als vermutliche Grenze angaben, ohne die DM-Beträge in Berlin. Weiter fällt auf, daß

der Wechselstand sehr viel höher geworden ist: Am 7. September betrug er nur knapp 3 Mill. und am 7. Oktober 235 Mill. Da in der zweiten Woche des Monats der Wechselstand zu steigen pflegt, im September betrug die Zunahme allein 183 Mill. ist anzunehmen, daß der Wechselstand in der 2. Oktoberwoche mindestens 400 Mill. DM betragen haben dürfte. Auch im zusammengefaßten Ausweis der Bank Deutscher Länder und der Landesbankzentralbanken ist der Wechselstand vom 7. September von 176 auf 300 Mill. am 30. September gestiegen. Die Refinanzierungen bei der Bank Deutscher Länder und den Landesbankzentralbanken nehmen also zu.

Bei dieser monetären Lage ist es eigentlich erstaunlich, daß die Banken nicht panisch zu flüchten sind, und hier und da die Möglichkeit aufsuchen, die Kredite möglichst restriktiv zu vergeben. Die Fehler im Gefüge unserer Kredit-

systems sind bis jetzt noch nicht ganz klar in allem zu erkennen. Es kann aber gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß sowohl die monetäre Entwicklung als auch die Eigentümern der Kreditgewährung in letzter Zeit die Hortungstendenzen unterstützt haben. Prof. Rüppke ist der gleichen Ansicht und schreibt in der Neuen Zürcher Zeitung vom 23. Oktober: „Es zeigt, daß solche Störungen des Produktionsstroms auch durch eine falsche Kreditpolitik gefördert werden, die die spekulative Lagerhaltung erleichtert.“ Im übrigen ist Rüppke der gleichen Meinung wie wir als vor 14 Tagen hier äußerten: „Die Preise müssen nach und nach in den Ruck der Geldmenge hineinwachsen, mit der die westdeutsche Wirtschaft durch die Währungsreform ausgestattet worden ist (unter Einrechnung der jüngsten Lockerweiterung durch die höchst ungeschickte Art der verwehrt Aktivierung der blockierten Guthabensposten von 1947). Damit ist die Preiselastizität unserer Wirtschaftswirtschaft klar umrissen: Die Preise werden weiter steigen bis das Steigen des Notenumlaufs aufhört — und noch eine kurze Zeit danach. Eine Deflationspolitik auf dem Umweg über die Restriktion des Kredits ist vorläufig noch unrentabel, wie wir in der vorigen Ausgabe näher ausführten. Nur durch Leistungssteigerung können wir durchhalten, nicht nur in den Block hinein.“ (Fortsetzung auf Seite 3)

Preisdruck-Proben

Seit Juli, also kurz nach der Währungsreform, leiden bereits viele mancher der verschiedenen Wirtschaftszweigen unter dem Preisdruck. Verhandlungen zwischen deutscher Wirtschaft und ausländischer Wirtschaft sind im wesentlichen demselben Problem unterworfen. In der amerikanischen Wirtschaft sind im wesentlichen demselben Problem unterworfen. In der amerikanischen Wirtschaft sind im wesentlichen demselben Problem unterworfen.

heißt um mit dem Angebot billigerer ausländischer Waren eine Preissteigerung im Inlande zu erreichen.

Vor einigen Tagen sind nun von großen amerikanischen Versandhäusern Sears, Roebuck and Co. Warenmuster-Verkaufsstellen in Hamburg angekommen, in der Stadt, aus der in besseren Zeiten die gleiche deutsche Ware in alle Welt exportiert wurde. Die amerikanische Firma beschäftigt im Rahmen der Europäischen Waren für insgesamt 120 Mill. Dollar an die Doppelmenge zu liefern, davon wie veranschlagt für etwa 30 Mill. Dollar Schuhe und für 30 Mill. Dollar Bekleidungsstücke bzw. Textilien. Eine in Hamburg veranlagte Musterfabrik soll die Interessierten von den Preisen und der Qualität der amerikanischen Erzeugnisse überzeugen. Ein Paar Strampsen werden sich einschließlich Zoll zwischen 17 und 20 DM stellen, also auf etwa 8-10 Dollar, erklärte der Vertreter der Firma. Für Textilien sei im Angebot noch keine Preisfestsetzung erfolgt, da die Zollverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Der deutsche Konsument, den die Preissteigerung der Waren weniger interessiert, sondern der Preis und die Qualität, wird selbstverständlich nach dieser Ware greifen. Der Bedarf des deutschen Volkes an Verbrauchsgütern aller Art ist jedoch in außerordentlichem Maße, daß die Lieferungen für 120 Mill. Dollar kaum besonders im Gewicht fallen; vor allem wird durch die eine neuartige Herabsetzung der deutschen Preise für Waren der gleichen Art, wie das die deutschen Stellen in ihrem Kampf gegen die Preisdrücke erfahren, kaum erreicht werden können. Es wäre angebracht und sinnvoll, wenn die betreffende Behörde sich mit allen Nachdruck für den stärkeren Import von Rohstoffen einsetzte und für die Beschränkung der verschiedenen Einfuhrzölle, die der Steigerung der deutschen Produktion im Wege stehen, bei steigender deutscher Produktion, also vermehrtem Angebot von Waren, werden sich auch die entsprechenden Preise bilden, ohne Zuhilfenahme billigerer ausländischer Waren. Wenn der deutsche Schuhfabrikant, um ein Beispiel zu nennen, sein Leder auf den deutschen Markt zu überlassen Preis, die 2. über den Weltmarktpreis liegen, erwerben muß, kann er nicht ausbleiben, daß er immer produziert als der amerikanische Schuhfabrikant.

Im übrigen scheint es nicht gerade opportun, die Tendenz des Auslandes, Fertigwaren statt Rohstoffe nach Deutschland zu liefern, also offensichtlich zu begünstigen. Die deutsche Industrie kann, das haben auch die letzten Messen gezeigt, mit der amerikanischen Industrie kaum in Wettbewerb treten, zumindest nicht in preislicher Hinsicht, das müßten sich die verantwortlichen Stellen ins Bewußtsein bringen. Denn die deutsche Industrie verfügt nicht über den früheren schätzungsweisen Einzelkaufapparat, sie mußte leistungsfähige und beste Maschinen abgeben usw. So besitzen wir z. B. in der Doppelmenge noch keine nennenswerten Strömungsindustrie, die den großen Bedarf decken könnte. Sie befindet sich erst wieder im Aufbau.

Die deutsche Industrie selbst müßte also einen Weg finden, sich mit dem Großabnehmer und dem Einzelhändler über die zu fordernden Preise zu einigen und die Wiederverkäufer zur Preisdisziplin zwingen, etwa indem sie die weitere Belieferung von der Einhaltung der vereinbarten Preise abhängig macht. Es liegt im Interesse der Industrie, die nicht nur für die Preissteigerungen verantwortlich ist, von sich aus eine Lösung zu finden, die es ihr ermöglicht, sich zu behaupten, nicht zuletzt liegt dies auch im Interesse des Groß- und Einzelhandels. Daß die deutsche Industrie von den deutschen Verantwortlichen Stellen nach jeder Richtung Unterstützung zu fordern berechtigt ist, ist als selbstverständlich vorauszusetzen.

Das sogenannte „Jedermann-Programm“ — es gab auch einmal schon ein 10-Pfennig-Artikel-Programm — das auch das Ziel verfolgt, den deutschen Verbraucher mit guter Ware zu angemessenen Preisen zu versorgen, ist nicht begründeter. Maßnahme, die im übrigen viel angebracht ist, als dadurch die deutsche Industrie und deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Allerdings darf der Plan nicht auf dem Papier bleiben; sondern müßte im geplanten Umfang realisiert werden.

Im übrigen wird, so ist zumindest angekündigt, die STEG ihre Ware auf den Markt bringen. Sie meldet neben eine Testaktion an für die allerhöchste Zeit, was die „Zeit“ anbelangt, sind wir bei Ankündigungen dieser staatlichen Erfassungsgüter etwas skeptisch — mit eigener Warenmarke und zu Preisen, die wesentlich unter denen der „Jedermann-Waren“ liegen werden. Man sieht also, daß sogar der Staat seine Firma in den Konkurrenzkampf gegen sein eigenes Programm ins Feld ziehen läßt. Es ist zu hervorzuheben, daß dies der richtige Weg ist, auf dem die deutsche Wirtschaft zur Gesundheit geführt werden kann.

1,3 Mrd. Dollar für europ. Ausgleichsfonds

Bekanntlich müssen alle ERP-Hilfe empfangende europäischen Staaten einen Ausgleichsfonds einrichten, in dem sie den Gegenwert der empfangenen Hilfe in nationaler Währung einzahlen. Wie im vorhergehenden Aufsatz erläutert wurde, müssen sie einen Teil dieser Mittel ihren Schuldverhältnissen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zur Verfügung stellen. Zur Durchführung wichtiger Investitionsprogramme sowie zur Abwendung von Notständen können weitere Mittel nach Genehmigung durch die ECA verwendet werden. Frankreich, Italien, Triest, Griechenland und England haben z. B. bereits begonnen mit Genehmigung der Marshall-Plan-Verwaltung in Washington (ECA) einen Teil ihrer Ausgleichsfonds zur Entwicklung des Grundindustrien, Verbesserung des Eisenbahnwesens und ähnliche Zwecke zu verwenden. 5% des Fonds müssen für Verwaltungsausgaben der Marshall-Plan-Verwaltung und für Beschaffung von knappen Materialien in dem betreffenden Land für die USA zurückgestellt werden.

Wie von der ERP-Verwaltung in Washington jetzt mitgeteilt wird, haben die dem ERP-Programm angeschlossenen europäischen Länder in ihren Ausgleichsfonds bisher umgerechnet insgesamt 1.315 Mrd. Dollar eingezahlt. In diesem Betrag ist der Gegenwert von 300 Mill. Dollar enthalten, die als Mittelfristige als Italien, Frankreich, Österreich, Triest und Griechenland eingezahlt. Schweden, die Türkei, Portugal und Island haben keinen Ausgleichsfonds, da sie nur Darlehen, also Leistungen, die zurückgezahlt werden müssen, und keine Zuwendungen à fonds perdu erhalten.

Leistungen im intereuropäischen Austausch

Nach den bis zum 30. September dieses Jahres von der ECA genehmigten Mittellieferungen an andere europäische Länder wird die Bilanz über im Werte von 68,5 Mill. Dollar zur Verfügung stellen. Davon kommen 63 Mill. Dollar auf Kohlen und andere Brennstoffe, 2,15 Mill. auf Eisen- und Stahlvergnisse.

Insgesamt waren bis zum 30. September Lieferungen in Höhe von 217,5 Mill. Dollar zwischen den einzelnen

Marshallplan-Ländern genehmigt worden. Belgien und die belgischen Kolonien liefern für 41,7 Mill., die Niederlande und die ihnen unterstehenden Gebiete für 29,5 Mill., Italien für 19,9 Mill., die Türkei für 10,8 Mill., Schweden für 8,4 Mill., Luxemburg für 7,2 Mill., Norwegen für 4,2 Mill., Österreich für 3,7 Mill. und Großbritannien und die von ihm verwalteten Gebiete für rund 3 Mill. Dollar. Der Schweiz wird Waren im Werte von 2,8 Mill. Dollar, Frankreich und die ihm unterstehenden Gebiete für 2,8 Mill. Dollar, Portugal und seine Kolonien für 2,8 Mill. Dollar, Griechenland für 2,5 Mill., Island für 1,9 Mill. und Dänemark für 600.000 Dollar zur Verfügung stellen. Für das China Hilfsprogramm genehmigte die Washingtoner Verwaltung weitere 27,75 Mill. Dollar.

Der Doppelmenge wurden von der Marshall-Plan-Verwaltung 4,93 Mill. Dollar zum Ankauf von Tabak in den USA und für Frachtkosten zur Verfügung gestellt. Die französische Zone erhielt 1,94 Mill. Dollar für Bezahlung von ERP-Produktion aus den USA und Sachanlagen.

Für 11 europäische Marshall-Plan-Länder wurde ein Betrag von 52,8 Mill. Dollar freigegeben, wodurch sich der bisher im Rahmen des Marshall-Planes zur Verfügung gestellte Dollar-Betrag auf 2.325 Milliarden Dollar erhöht.

Siehe Seite 2

In dieser Nummer:

- Kohle und Stahl in Finanzschwächen
- Papierindustrie legt auf
- Marshallplan und Europas Zahlungsbilanzausgleich
- Rußlands unangelegte Rohstoffquellen
- US-Berater in London
- Gefahren in den Benelux
- Wahlverträge nehmen ab

VOLKSBANK - BANK FÜR JEDERMANN.

Marshallplan und Europas Zahlungsbilanzausgleich

Als am 16. Oktober dem Administrator des Auswärtigen Amtes der erste Bericht der ständigen Organisation für europäische Zusammenarbeit (OEEC) überreicht wurde, bestrich die Hoffnung dieses Dokumentes ein einseitig in der Geschichte Europas, da hier die freien Völker Europas sich zu einem gemeinsamen Wirtschaftsprogramm, das 18 politische Einheiten mit 170 Mill. Einwohnern umfaßt, zusammengeschlossen haben. Der Plan einer engen europäischen Zusammenarbeit in Sinne einer Großraumwirtschaft ist hier zwar nicht zum erstenmal aufgetaucht, aber zum erstenmal tatsächlich so weitgehend in die Praxis umgesetzt worden. Voraussetzung für ein Gelingen war die Gewährung einer Dollarhilfe, die im ersten Marshall-Plan-Jahr, das am 30. Juni 1948 abläuft, 4,47 Mrd. Dollar beträgt und deren Verteilung auf die einzelnen europäischen Länder aus der von uns abgedruckten Tabelle ersichtlich ist. Im Rahmen der intereuropäischen Zusammenarbeit kommt dem multilateralen Zahlungsbilanzabkommen, das ebenfalls am 16. Oktober von allen in der OEEC zusammengeschlossenen 19 europäischen Nationen unterzeichnet wurde, besondere Bedeutung zu. Bereits in dem Text des Abkommens über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), das am 18. April 1948 von 18 europäischen Ländern und dem Besatzungsamt Deutschlands unterzeichnet wurde, hat man festgestellt, daß zur Förderung gegenseitiger Zusammenarbeit so bald wie möglich ein multilaterales Zahlungssystem zu schaffen ist.

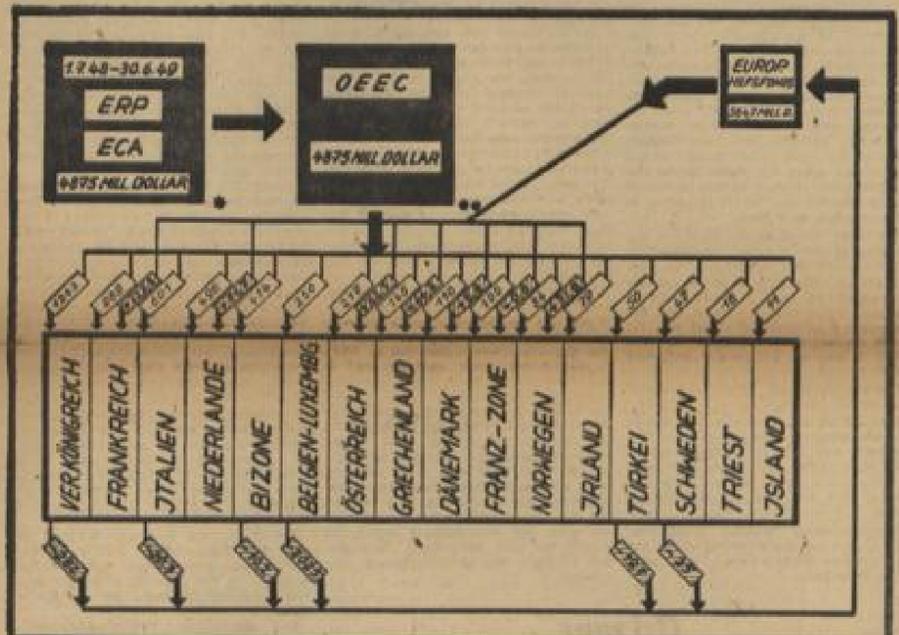
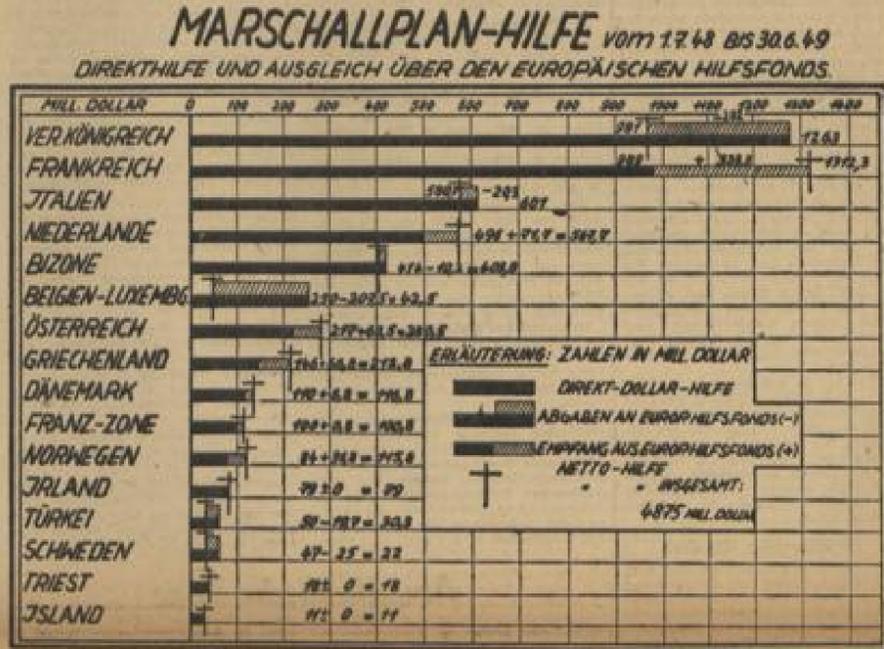
Der Fortschritt des jetzt unterzeichneten Zahlungsbilanzabkommens gegenüber dem erwähnten Vorabkommen vom 18. November 1947 besteht einmal in der erheblich größeren Anzahl der Beteiligten und zum anderen in der Schaffung neuer, intereuropäischer Zahlungsmittel. In Anlehnung an das Abkommen vom November 1947 unterscheidet man auch jetzt wieder zwischen zwei Verrechnungskategorien. Die erste Kategorie dieser gehören die Schweiz und Portugal, die keine Dollarhilfe empfangen, nicht an ist ein einfaches Kompensationssystem, welches die Verminderung bestehender Salden zum Ziele hat, und zwar geschieht dies in einem geschlossenen Kreis von Handelspartnern, die unter sich in Gültigkeit- und Schuldenerstellung stehen. Diese Art der Verrechnung ist für alle beteiligten Staaten, von den beiden Ausnahmen abgesehen,

obligatorisch. Die Operationen der zweiten Kategorie sind die erheblich schwierigeren. Sie führen nämlich zur einseitigen Erhöhung der Salden oder zur Bildung neuer Salden in einem bestimmten Verrechnungskreis. An diesen Geschäften können sich auch die Länder beteiligen, die nur Schuldner oder nur Gläubiger sind und daher von vornherein von den Verrechnungsgeheimnissen sind. Wegen der Risiken, die mit Geschäften der zweiten Kategorie verbunden sind, ist zu ihrer Durchführung auch im neuen intereuropäischen Zahlungsbilanzabkommen das vorherige Einverständnis der direkt beteiligten Staaten notwendig. Hierdurch ist die Bedeutung des multilateralen Zahlungsverkehrs wieder in das Bewußtsein der einzelnen Staaten gelangt, der nun seinerseits nicht mehr unter dem Gesichtspunkt nationaler Zweckmäßigkeit als unter der Berücksichtigung europäischer Notwendigkeit entscheiden kann. Die Gefahr derartigen Handelns wird noch dadurch vergrößert, daß man andererseits auch weiterhin den bilateralen Zahlungsbilanzrechnung tragen wird. Daß dazu sogar eine gewisse Notwendigkeit besteht, wird in dem neuen Zahlungsbilanzabkommen anerkannt, und man sieht vor, daß von den Salden der Zentralbanken diejenigen von der Verrechnung ausgenommen werden können, die zur ungestörten Abwicklung des bilateralen Zahlungsverkehrs notwendig sind. Dann gehören alle saisonbedingten Salden, Devisenreserven zur Deckung von Terminoperationen, Reserven zur Deckung von fälligen Krediten, ferner Salden, die zur Finanzierung spezieller Kapitalinvestitionen benötigt werden, oder die nicht in den Rahmen eines Zahlungsbilanz-

Abkommens fallen. Die Interessen zur Abwicklung der bilateralen Zahlungsbilanzrechnung werden daher oft mit der Erfüllung des multilateralen Abkommens in Konkurrenz treten, und es wird einer geschickten, auf das europäische Gesamtinteresse ausgerichteten Finanzpolitik der einzelnen Staaten wie auch der als Agenten fungierenden Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich bedürfen, um den besten Erfolg innerhalb des intereuropäischen Zahlungsbilanzabkommens zu erreichen. Wie wenig Verrechnungsmöglichkeiten nach der ersten Kategorie bestehen, zeigt eine Veranschaulichung der BIZ als Agent in dem zwischen der Benelux, Frankreich und Italien geschlossenen Abkommen. Danach weisen die zur Durchführung des Abkommens gehörigen Konten Schulden und Guthaben von mehr als 700 Mill. Dollar auf. Davon konnten 400 Mill. Nettoschulden oder -guthaben nicht verrechnet werden, während von den theoretisch zur Verrechnung geeigneten nach den Erfahrungen allein höchstens etwa 50-50 Mill. Dollar nach-

bilateralen Zahlungsbilanzen im ersten Marshall-Plan-Jahr aus. Praktisch wird das Verfahren so ablaufen, daß ein ausgewähltes Gläubigerland wie z.B. England in Höhe des Überschusses, den seine bilateralen Zahlungsbilanzen aufweisen, also nach unserem Schätzbild in Höhe von 382 Mill. Dollar umgerechnet in Landeswährung Ziehungsrechte einräumt, und diese dem europäischen Hilfsfond, den die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich als Agent des Kompensationsabkommens verwaltet, zur Verfügung stellt. Ein Schuldnerland wird umgekehrt in Höhe der Defizite seiner bilateralen Zahlungsbilanzen zum Bezug von Ziehungsrechten berechtigt und selbst diese, in unserem Falle also z.B. Frankreich mit 333,3 Mill. Dollar, ebenfalls an die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich. Die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich hat die Möglichkeit, die bilateralen Salden so gegeneinander aufzurechnen, daß die besten Kompensationsmöglichkeiten zwischen Verrechnungsland und dem europäischen Hilfsfond, den die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich verwaltet, zur Verfügung stellt. Ein Schuldnerland wird umgekehrt in Höhe der Defizite seiner bilateralen Zahlungsbilanzen zum Bezug von Ziehungsrechten berechtigt und selbst diese, in unserem Falle also z.B. Frankreich mit 333,3 Mill. Dollar, ebenfalls an die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich. Die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich hat die Möglichkeit, die bilateralen Salden so gegeneinander aufzurechnen, daß die besten Kompensationsmöglichkeiten zwischen Verrechnungsland und dem europäischen Hilfsfond, den die Bank für internationalen Zahlungsbilanzgleich verwaltet, zur Verfügung stellt.

hilfsbedarf auszuweisen, multilaterale Unterstützung durch andere europäische Staaten erhalten können. So bekommt z.B. Frankreich zur Abdeckung der Defizite seiner Zahlungsbilanzen von europäischen Hilfsfonds in Waren abzudeckende Ziehungsrechte in Höhe von 330 Mill. Dollar eingeräumt, denen entsprechende Ziehungsrechte in Höhe von 6,7 Mill. Dollar entgegen stehen, so daß sich per Saldo die Höhe der sogenannten bedingten Dollarhilfe auf 323,3 Mill. Dollar stellt und Frankreich so mit einer Gesamthöhe der empfangenen Hilfeleistungen von 1.312,3 Mill. an die Spitze der Hilfeempfänger europäischen Länder tritt. Interessant ist, daß die Doppelsumme bei einwirkenden Ziehungsrechten in Höhe von 106,8 Mill. Dollar und zu empfangenden Ziehungsrechten in Höhe von 88,6 Mill. Dollar per Saldo im intereuropäischen Hilfsplan einen Betrag von 10,2 Mill. Dollar leisten. Diese Hilfeleistung der Doppelsumme wurde von den anderen beteiligten Ländern unter dem Gesichtspunkt durchgesetzt, daß es nur recht und billig sei, wenn die Doppelsumme einen Teil der empfangenen Hilfeleistungen in Form von Exporten an die anderen europäischen Länder teile. Welche Ergebnisse mit Hilfe des recht komplizierten intereuropäischen Zah-



• Marshallplan - Gesamtplan des amerikanischen Außenbüros für die Länder, die Hilfe von Amerika erhalten - Lieferplan (Bezeichnung ERP (European Recovery Program) - Europäisches Wiederaufbauprogramm; ECA (Economic Cooperation Administration) - Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit; SIZ (Washington) - Abgabe; Überwachung und Durchführung des ERP - Gesamtsystem; W. Averell Harriman, W. A. L. Paris, G. Hoffmann, Besondere Vertreter für Europa; der Prozess wurde, Handelsminister W. Averell Harriman mit Sir in Paris - Sonderbeauftragter Hoffmann in Paris - Überträger der ERP-Verträge

• OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europäischer Länder; Paris, Quartier No. 21, Aufg. Europ. Wirtschafts- u. Entwicklungsprogramm; Generalsekretär: Rob. Marshall; Mitglieder: Die Vertreter der dem ERP angeschlossenen europäischen Länder, die den Vertrag über Hilfe der OEEC annehmen u. vertreten

• Die Direktive des ERP vom 1. 7. 1948 bis 30. 6. 1949 ist europäische Länder in Höhe von 4,47 Mrd. Dollar, (die Summe aller Zuweisungen hat bis zum 30. Oktober bereits 2,28 Mrd. Dollar betragen), hiervon gehen einige Länder in Form von Waren Beiträge zum intereuropäischen Ausgleich an Länder ab, die Bedarf an Forträgern haben. Gesamtbeitrag: 84,1 Mill. Dollar. Interuropäische Rechnung in Landeswährung.

Am Ausguck: wieder „Njet!“

Nach dem Scheitern des jüngsten Vermittlungsversuches ist zunächst wieder einmal in aller Deutlichkeit eine Klar geworden: Die Sowjetregierung hat gegenwärtig nicht die Absicht, mit den Westmächten über Berlin oder Deutschland oder über einen anderen Gegenstand zu verhandeln. Das ist die hauptsächlichste Schlussfolgerung, die sich aus der Ablehnung des Resolutionenwürfen, der dem Sicherheitsrat in der Berliner Frage von den sechs neutralen Mächten vorgelegt worden ist, ergibt. Nachdem Wjatschkin eine Kopie des Vorschlages nach Moskau geschickt hatte, hatte sich im Palais de Chaillot neue Hoffnungen. Sie wollten dann aber sehr schnell zu Grabe getragen werden, wie auch die Hoffnung, daß in ganz Berlin Wahlen abgehalten werden könnten, aufgegeben werden mußte. Wjatschkin erwiderte „Njet!“ ebenso wie etwa an die Zustände im polnischen Reichstag des 18. Jahrhunderts, der nicht beschiedene, weil jeder Abgeordnete ein Vetorecht besaß. Bekanntlich ist Polen daran zugrunde gegangen.

Indessen drückt sich das schwerfällige Händwerk der Vereinigten Nationen im Palais de Chaillot schon und immer weiter. Jetzt nicht den Westmächten nur noch die Möglichkeit, unmittelbar an die Generalversammlung der Vereinigten Nationen zu appellieren. Dies könnte aber nur eine formale Erklärung abgeben, die im Sinne der Westmächte eine Friedens-

bedrohung durch die Sowjetunion feststellt. Eine solche Erklärung wäre ohne Zweifel eine moralische Verurteilung der Krimpolitik durch die Weltöffentlichkeit, hätte jedoch keine unmittelbare praktische Folgen, es sei denn jene, daß sich der Osten noch stärker isolieren würde. Die Leidtragenden sind bei diesem Prozedur immer wieder und noch immer die Berliner Frauen, Männer, Kinder und Greise, wobei nicht übersehen werden darf, daß selbst der älteste Patient nicht auf unerschöpfliche Zeit „kranke“ erkrankt werden kann.

Kurz bevor der neutrale Vermittlungsversuch wieder an dem „Njet!“ Wjatschkins scheiterte, forderten die Vereinigten Nationen ihren dritten Gebotsakt. Aus dem Munde ihres Generalsekretäres sprachen sie sich als Selbstverständliches das Eigenlob, bereits Kriege verhindert zu haben. Allerdings scheint uns die Selbstbelobigung Trygve Lies kaum berechtigt gewesen zu sein, in Palästina gegen die Verletzungen der Waffenruhe durch beide Parteien, trotz der augenblicklichen UNO-Arbeit an diesem heiklen Problem, nach wie vor weiter, ja, auf einer eben abgeschicktem Konferenz in Amman haben die Araber beschlossen, wieder zum Krieg zu rufen. In Indien, in Indonesien und in Korea haben kommunistische Aufstände. Die Revolte in Südkorea stellt insofern etwas Neues dar, als sich die Kommunisten zum ersten

Male in einem von amerikanischen Truppen besetzten Gebiet erhoben haben. In China werden die Regierungstruppen auf verschiedenen Frontabschnitten erneut sehr heftig von den Kommunisten angegriffen. Kommunistische Armeen bedrohen jetzt die Hauptstadt der Provinz Schensi, Taiyuan. Die Hauptstadt der Mandchurien, Tschangtschen, die seit langem umkämpft wurde, ist offenbar jetzt von den Kommunisten eingenommen worden. Die Macht Tschangtschenka schwindet immer mehr dahin und dürfte bald ganz verschwunden sein, wenn ihn nicht die Vereinigten Staaten kräftig unter die Arme greifen. In Peril ist Albanien, und was Europa betrifft, so konnten die Vereinigten Nationen bis zur Stunde den Bürgerkrieg in Griechenland nicht belegen. Dagegen kündigte die Rebellenfregate des Generals Markos jetzt eine Offensive gegen Salamis an. Amerikanische Regierungstruppen in Washington äußerten, die militärische Hilfe der USA für Griechenland werde wohl um ein weiteres Jahr ausgedehnt werden müssen. Aus der Umgebung Maritaka, der von seiner Informationslinie nach Griechenland und Italien nach Paris zurückgekehrt ist, hört man, der UNO-Außenminister sei einige Zeit sehr besorgt gewesen, weil die kommunistische Armee der griechischen Armee gescheitert und ein Heer von 20 000 Mann Markos-Truppen, das man schon abgeschickt habe, doch noch erlitten sei.

Und die Blockade Berlins? Wo, so fragen wir, sind denn die Erfolge der Vereinigten Nationen? Gewiß, es war we-

der ersten Kategorie abgerechnet werden können.

Die besondere Bedeutung erhält nun das intereuropäische Zahlungsbilanzabkommen, wie bereits erwähnt, durch die Schaffung zusätzlicher intereuropäischer Zahlungsmittel. Die Dollarhilfe empfangenden europäischen Staaten müssen sich im Rahmen der ERP-Verbindlichkeiten verpflichten, den Gegenwert der empfangenen ERP-HILFE in nationaler Währung in einen Fonds einzubringen und diesen zu einem Teil ihren europäischen Schuldnern zur Deckung ihrer im bilateralen Handelsverkehr aufgelaufenen Defizite zur Verfügung zu stellen. Innerhalb des neuen Zahlungsbilanzabkommens verpflichten sich nun alle Dollar-Hilfe empfangenden Staaten, nicht rückzahlbare Ziehungsrechte (Drawing-Right) in nationaler Währung an ihre europäischen Schuldner zu stellen. Das bedeutet praktisch, daß die Vereinigten Staaten Zahlungsmittel der Dollar-Hilfe empfangenden Länder gegen Dollar kaufen, um diese wiederum den Schuldnern im intereuropäischen Kompensationssystem zur Verfügung zu stellen. Bei der Festsetzung der Höhe der Ziehungsrechte gegen man von dem voraussetzlichen

müssen, so handelt es sich hier um die Übertragung eines Ziehungsrechtes gegen ein Land auf ein drittes Land. Hierbei sind allerdings, wie gesagt werden, wieder ausnahmsweise Genehmigungen der direkt beteiligten Partner erforderlich. Alle Ziehungsrechte sind in Dollarwerten errechnet, werden praktisch in Warenlieferungen erfüllt und werden in der jeweiligen Landeswährung verrechnet. Um eine vorläufige Erschöpfung der Ziehungsrechte zu verhindern, wurde in dem Abkommen festgelegt, daß bis Ende März 1949 höchstens 75 % der gesamten für das erste Marshall-Plan-Jahr ausgeteilt Ziehungsrechte beansprucht werden dürfen.

Das multilaterale Zahlungsbilanzabkommen stellt durch die große Zahl seiner Mitglieder und durch die Organisation der Ziehungsrechte, die auch als bedingte Dollarhilfe bezeichnet wird, einen Fortschritt für den intereuropäischen Zahlungsverkehr dar. Es ist jedem klar, daß Europa trotzdem von einem freien, keinerlei Einschränkungen unterworfen Zahlungsverkehr noch weit entfernt ist.

Es wird aber zunächst erreicht, daß Staaten, die einen besonders großen

längungs-systems erreicht werden können, nicht abzuwarten. Die Zustimmungsklausel bei den Geschäften nach der zweiten Kategorie kann sich als starker Hebel nachweisen, da sie den einzelnen Staaten die Möglichkeit läßt, ihre bilateralen Verpflichtungen vor dem multilateralen zu bevorzugen. Wir können auf die kluge Einsicht aller am Abkommen beteiligten europäischen Staaten bei den jeweils erforderlichen außenpolitischen Maßnahmen hoffen.

Verringerung Marshall-Hilfe durch Handelsgewinne.

USA-Regierungsbeamte erklärten, durch die Einschaltung des freien Unternehmertums in den internationalen Warenhandel werde Europa in diesem Winter eine Einbuße an der Marshall-Hilfe von annähernd 4,5 Mill. Dollar erleiden. Der amerikanische Weizenexport nach Europa gehe ab Dezember in private Hände über. Die Gewinnmarge der Handelshäuser dürfe sich auf rund 10 Cents je Bushel (1 Bushel=27,2 kg) belaufen und würde damit rund 4,5 Mill. Dollar der Marshall-Hilfe beanspruchen. Die USA-Regierung befürchte den Weizen zum Einkaufspreis.

• Die Blockade Berlins? Wo, so fragen wir, sind denn die Erfolge der Vereinigten Nationen? Gewiß, es war we-

der böser Wille, noch unfähigkeit, daß nicht mehr erreicht, wurde. Daran ist nicht die Organisation der UN selbst schuld, sondern die ungeschickliche, schwer Last, die der komplizierten Maschine durch die politischen Rückschläge und Gegenstände auferlegt wird. Es liegt an der Mentalität der immer noch von der Katzenpauke erfassten Menschheit. Dieser Zustand hat es bisher unmöglich gemacht, Europa den Frieden zu bringen. Nach sechsjährigen Krieg ist nicht einmal ein Frieden der Erziehung zu erwarten wie 1948, dessen dreihundertfacher Wiederkehr dieser Tage die Stadt Münster begibt. Damals schloß der Barockdichter Crefflinger seine Verse: „Deutschland, Weiland, Land der Fügung, aller Hüter Tugendheil“. Die jetzt veröffentlichten Dokumente und selbstständigen Aussagen über die an den Bundesdeutschen befragten Grundfragen während ihrer Ausreise in den Jahren 1945/46, in denen es von der Massenvergewaltigung wehrloser Frauen, der Auspeinigung und Mißhandlung gefangener Zivilisten bis zum Massenverbrechen und Händgranatenwurf auf deutsche Verwundete keine Umst gibt, die nicht in jenen Tagen verübt worden wäre, geben ein grausiges Bild von den Möglichkeiten jener „Friede“ zustande, wie man ihn hier und dort in Ost- oder Westdeutschland wieder erschreckend aktuell werden.

Während man im Schatten des Eisenturmes nicht verlässlich verurteilt kommt, nimmt der „Kalte Krieg“ seinen unheimlichen Fortgang. Dieser „Kalte Krieg“ hat andere Gesetze als der effektive Krieg der Waffen und die Versuche, zu erweichen, in welcher Phase dieses „Kalten Krieges“ man im Augenblick sich befindet, arbeiten mit vielen Unklarheiten. Man ist sich dabei aber auch kaum im Klaren, was diese aufstrebende Nervensprobe kostet und wer die Bürden eigentlich zu tragen hat. Was der „Kalte Krieg“ wirklich bedeutet, fand man fängt an einigen einprägnanten Beispielen illustriert. Da ist in den USA eine ehemalige Flugzeugfabrik, die sich nach der Waffenscheit, der Serienproduktion moderner Wohnhäuser aus Stahl widmen wollte. Mehr als dreißigtausend Stück waren bereits bestellt. Die Aufträge mußten jedoch einstellt werden, weil sich die Unternehmen, sehr gegen seinen Willen gezwungen sah, übertrug Flugzeuge zu bauen. Ein anderes Bild, fünfzehn Millionen Amerikaner warten auf die ersehnten neuen Autos, da die Produktion durch die Herstellung von Superbeton und sowie ähnlichen schweren Waffen blockiert ist.

Wohl steht der kalte, schützige Krieg weniger grausam aus, aber er zwingt zur allseitigen Erzeugung von Zerstörungswaffen und stellt ihre grausamste Anwendung kommenden Stunden anheim. Darum schafft es allgemeine Unsicherheit und zwingt die Techniker der Politik zu verurteilen wie der Ingenieur, der beim Bau einer Maschine Sicherheitskoeffizienten berücksichtigen muß. Das aufblühende Wert, daß Rüstungsverstärkung vor so-

